



Health & Consumer Voice

Februar 2005

IN DIESER AUSGABE

- „Psychische Erkrankungen sind Europas unsichtbare Todesursache“, so Kommissar Kyprianou _____ 1
Kommissar Kyprianou fordert EU-weites Engagement zur Bekämpfung psychischer Erkrankungen angesichts der Tatsache, dass jedes Jahr mehr Menschen durch Selbstmord als durch Verkehrsunfälle oder Mord umkommen
- Markos Kyprianou ruft die Lebensmittelindustrie auf, die Fettleibigkeit zu bekämpfen _____ 2
Kommissar Kyprianou setzt der Lebensmittelindustrie eine Einjahres-Frist, um „Junk Food“-Werbung für Kinder zu stoppen – unter Androhung neuer EU-Vorschriften
- Die neue europäische Gesundheitsagenda _____ 2
Kommissar Kyprianou erläutert die Schwerpunkte der EU-Gesundheitspolitik
- EU bestätigt ersten BSE-Fall bei Ziege 3
Am 29. Januar bestätigten europäische Wissenschaftler den ersten Fall von BSE – auch unter der Bezeichnung „Rinderwahnsinn“ bekannt – bei einer im Jahr 2002 in Frankreich geschlachteten Ziege
- Neue EU-Leitlinien zur besseren Handhabung des Lebensmittelrechts_ 4
Die Europäische Kommission hat Leitlinien veröffentlicht, um die Unternehmen und nationalen Behörden bei der Anwendung der neuen EU-Lebensmittelvorschriften, die am 1. Januar 2005 in Kraft getreten sind, zu unterstützen
- Kommissionspräsident erläutert politische Prioritäten der kommenden Jahre _____ 4
Jose Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, legt einen Fünfjahres-Plan für Europa vor, in dem die Verbesserung der Verbrauchergesundheit und -sicherheit eine große Rolle für die nachhaltige Entwicklung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum spielt

„Psychische Erkrankungen sind Europas unsichtbare Todesursachen“, so Kommissar Kyprianou

Kommissar Kyprianou fordert EU-weites Engagement zur Bekämpfung psychischer Erkrankungen angesichts der Tatsache, dass jedes Jahr mehr Menschen durch Selbstmord als durch Verkehrsunfälle oder Mord umkommen.

In seiner Rede auf einer Konferenz zum Thema „Psychische Gesundheit“, die am 14. Januar in Helsinki stattfand, betonte Kyprianou, dass sich die EU nachdrücklicher für die Förderung der seelischen Gesundheit einsetzen muss.

Er verwies darauf, dass EU-weit jährlich ca. 58 000 Menschen durch Selbstmord oder Selbstschädigungen sterben. Dem stehen ca. 50 700 Todesfälle pro Jahr durch Verkehrsunfälle und ca. 5 350 durch Mord oder Totschlag gegenüber. „Dennoch wird der psychischen Gesundheit erstaunlich wenig Aufmerksamkeit gewidmet – man könnte sagen, dass psychische Erkrankungen Europas unsichtbare Todesursache sind“, sagte Kommissar Kyprianou und fügte hinzu: „Ich bin fest entschlossen, dies zu ändern. Psychische Erkrankungen können genauso tödlich sein wie körperliche, zum Beispiel wie Krebs.“

Die meisten Selbsttötungen stehen mit psychischen Erkrankungen im Zusammenhang, vor allem mit Depressionen. 15 % der an schweren Depressionen Erkrankten begehen Selbstmord; 56 % versuchen, sich das Leben zu nehmen.

Kyprianou berichtete in diesem Zusammenhang über die von ihm geleiteten Arbeiten an einer Strategie zur Förderung der

psychischen Gesundheit. Die Kommission hofft, Mitte des Jahres eine Anhörung zu dieser Strategie einleiten zu können.

Außerdem finanziert die EU Projekte, die zum besseren Verständnis der Ursachen psychischer Erkrankungen und zur Ermittlung von Präventivmaßnahmen beitragen sollen.



© Eureka Slide

Die Konferenz von Helsinki wurde von der Weltgesundheitsorganisation ausgerichtet, wobei die Europäische Kommission als wichtigster Partner beteiligt war. Die vertretenen Minister einigten sich auf eine Erklärung und einen Aktionsplan, um für die nächsten fünf Jahre einen politischen Rahmen für Maßnahmen zugunsten der psychischen Gesundheit in Europa vorzugeben.

Zu den Prioritäten gehören: Förderung des seelischen Wohlbefindens; Anerkennung der psychischen Gesundheit als wesentliches Element der Gesundheitspolitik; Bekämpfung von Stigmatisierung und Diskriminierung; Schaffung spezieller Dienste für verschiedene Lebensphasen; Verhütung von psychischer Erkrankung und Selbstmord; Zugang zu einer guten medizinischen Grundversorgung; effiziente Betreuungsmöglichkeiten im eigenen sozialen Umfeld.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/mental_health_de.htm



Markos Kyprianou ruft die Lebensmittelindustrie auf, die Fettleibigkeit zu bekämpfen

Kommissar Kyprianou setzt der Lebensmittelindustrie eine Einjahres-Frist, um „Junk Food“-Werbung für Kinder zu stoppen – unter Androhung neuer EU-Vorschriften

In den kommenden Wochen will Kyprianou eine EU-Plattform einrichten, um den Vertretern der Lebensmittelindustrie, des Einzelhandels, der im Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz tätigen NRO sowie der einzelstaatlichen Gesundheitsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über eine Kampagne gegen Fettleibigkeit abzustimmen.

Der Kommissar hofft, dass die Lebensmittelindustrie diese Plattform nutzt,



© Eureka Sifre

um ihre Vermarktungsstrategien neu auszurichten. Insbesondere fordert er die Einstellung der „Junk Food“-Werbung für Kinder unter 12 Jahren sowie eine neue Etikettierungspraxis, die den Verbrauchern die Auswahl gesunder Lebensmittel erleichtert.

In einem Interview mit der *Financial Times* letzten Januar sagte Kyprianou: „Das Echo

der Industrie ist äußerst ermutigend und positiv. Wenn diese jedoch keine konkreten Ergebnisse aufweist, müssen wir auf Rechtsvorschriften zurückgreifen.“

Fettleibigkeit gilt als eine der größten Herausforderungen im Gesundheitsbereich, vor denen die EU im 21. Jahrhundert steht. Die International Obesity Task Force schätzt, dass EU-weit nahezu ein Viertel aller Kinder übergewichtig ist, und die Gesundheitsexperten warnen vor den langfristigen Folgen dieser Entwicklung.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/health/ph_determinants/life_style/nutrition/nutrition_de.htm

EU überprüft Situation der Vogelgrippe in Asien

Die Europäische Kommission hat ihre Einfuhrbeschränkungen für Japan und Südkorea am 12. Januar aufgehoben, nachdem sie zu dem Schluss gelangt war, dass diese beiden Länder frei von Vogelgrippe sind. Diese Entscheidung bezieht sich nur auf Vögel, die als Heimtiere gehalten werden, da die EU kein Geflügel oder Geflügelfleisch aus diesen Ländern importiert.

Das für andere asiatische Länder – Thailand, Kambodscha, Indonesien, Laos, China, Vietnam, Pakistan und Malaysia – geltende Einfuhrverbot für alle Geflügelerzeugnisse und als Heimtiere gehaltenen Vögel, das am 31. März auslaufen sollte, wurde bis zum 30. September 2005 verlängert, da die Vogelgrippe in diesen Ländern immer noch nicht getilgt ist.

EU hebt Einfuhrverbot für argentinisches Rindfleisch auf

Die Europäische Kommission hat das Einfuhrverbot auf enteintes und gereiftes Rindfleisch aus vier argentinischen Provinzen (Formosa, Salta, Chaco und Jujuy), das nach dem Ausbruch der Maul-und-Klauenseuche (MKS) in Salta im September 2003 verhängt worden war, aufgehoben.

Zum Schutz vor der Einschleppung von MKS aus den Nachbarländern Bolivien und Paraguay haben die argentinischen Behörden eine 25 km breite Pufferzone entlang der Grenze mit diesen zwei Ländern eingerichtet.

Weitere Informationen: http://europa.eu.int/comm/food/animal/diseases/controlmeasures/fmd_en.htm

Die neue europäische Gesundheitsagenda

Kommissar Kyprianou erläutert die Schwerpunkte der EU-Gesundheitspolitik

Die Gesundheitssysteme in ganz Europa sehen sich zunehmend denselben Fragen gegenüber: Wie sollen sie angesichts der Bevölkerungsüberalterung, der steigenden Erwartungen der Patienten und der medizinwissenschaftlichen Entwicklungen reagieren?

Nach Auffassung von Kommissar Kyprianou müssen die Gesundheitspolitiker die Kooperation auf EU-Ebene ausbauen, um eine Abstimmung der Gesundheitssysteme herbeizuführen. In seiner Rede auf der Konferenz „Healthcare in Europe: is it getting better?“ (Brüssel, 20. Januar) erläuterte Kyprianou die Prioritäten der Kommission für den Ausbau der Kooperation in den kommenden Jahren. Diese sind:

- Bereitstellung und Inanspruchnahme grenzübergreifender Gesundheitsleistungen, wobei folgende Aspekte zum Tragen kommen: finanzielle Auswirkungen und langfristige Finanzierbarkeit der grenzübergreifenden Gesundheitsversorgung; Verfügbarkeit von Patienteninformationen über Qualität, Sicherheit und Aufrechterhaltung der Leistungen; Patientenrechte und -pflichten; Statistiken über das Ausmaß der grenzübergreifenden Gesundheit-

leistungen;

- lebenslanges Lernen für die Angehörigen der Gesundheitsberufe;
- Einrichtung von Referenzzentren, z. B. für seltene Krankheiten oder andere Gesundheitsprobleme, die spezielle Betreuung erfordern;
- ein Netzwerk für die gemeinsame Erarbeitung und Anwendung von Bewertungsmethoden, um die Entwicklung zukunftsfähiger Gesundheitstechnologien zu sichern;
- Schaffung eines zusätzlichen Nutzens in Form von IT-Diensten und -Netzen;
- Gesundheitsverträglichkeitsprüfung künftig auch für Gesundheitssysteme;
- Verbreitung vorbildlicher Verfahren für Patientensicherheit.

Kommissar Kyprianou unterstrich ferner, dass eine verstärkte Kooperation auf europäischer Ebene dazu beitragen kann, die Qualität und Zugänglichkeit des Gesundheitswesens in Europa zu verbessern, doch sei dies nur ein Teil der Lösung. Der andere Teil beziehe sich auf die Investitionen der Mitgliedstaaten in ihren Gesundheitssektor.

Konferenz „European Market Surveillance Programming“, 10./11. März, Brüssel

Die Europäische Kommission (Generaldirektionen „Gesundheit und Verbraucherschutz“ und „Unternehmen und Industrie“) organisiert gemeinsam mit dem EFTA-Sekretariat eine Konferenz zum Thema Marktaufsicht, die am 10./11. März 2005 in Brüssel stattfinden wird.

Diese Veranstaltung gibt Regierungsexperten aus den EU-/EWR-Mitgliedstaaten Gelegenheit, über Verbesserungsmöglichkeiten der Marktaufsichtstätigkeit zu diskutieren, mit besonderem Augenmerk auf der themenübergreifenden Kooperation in den vier großen Bereichen der Verbraucherpolitik: Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit, Spielzeug, kosmetische Mittel, Niederspannungsrichtlinie.

Interessenvertreter der Industrie und Verbraucherverbände werden nur auf der Plenarsitzung zur Eröffnung der Konferenz vertreten sein und Grundsatzreden zum Thema halten.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/consumers/cons_safe/prod_safe/gpsd/emp_conference_en.htm

UK-Forschungsstudie zeigt, dass unseriöse Geschäftemacher die Verbraucher um mehrere Millionen Euro jährlich erleichtern

Eine von LACORS durchgeführte Studie (LACORS ist ein Netz, dem Beamte lokaler Verbraucherschutzeinrichtungen im UK angehören) hat ans Licht gebracht, dass die Verbraucher aufgrund betrügerischer Machenschaften jedes Jahr mehrere Millionen Euro verlieren. Beispiele hierfür sind überhöhte Telefongebühren, Rubbellose, unerwünschte Postwurfsendungen und „Spamming“.

Im Rahmen der Forschungsstudie wurden 101 Verbraucherschutz-Abteilungen lokaler Behörden im gesamten Vereinigten Königreich befragt. Am weitesten verbreitet waren Nachrichten auf Anrufbeantwortern, die den Angerufenen informierten, er habe eine Ferienreise gewonnen, und ihn aufforderten, eine bestimmte Telefonnummer zu wählen, um den Gewinn zu bestätigen. Im Nachhinein stellte sich dann heraus, dass bei der betreffenden Nummer eine überhöhte Gebühr von 2 Euro/Minute (oder darüber) berechnet wurde.

„Unsere Forschungsstudie verdeutlicht, welche Summen die Verbraucher riskieren, wenn sie solchen Betrugern in die Hände fallen. Die für die Einhaltung der Handelsregeln zuständigen lokalen Behörden können helfen, diesen illegalen und skrupellosen Machenschaften einen Riegel vorzuschieben“, so der Direktor von LACORS, Derek Allen.

Weitere Informationen:

http://www.lacors.gov.uk/pages/trade/PressRelease.asp?R_ID=126

EU bestätigt ersten BSE-Fall bei Ziege

Am 29. Januar bestätigten europäische Wissenschaftler den ersten Fall von BSE – auch unter der Bezeichnung „Rinderwahnsinn“ bekannt – bei einer im Jahr 2002 in Frankreich geschlachteten Ziege

Bei den im Rahmen der Schlachtung durchgeführten Tests wurde bei der betreffenden Ziege eine Infektion mit der Traberkrankheit festgestellt, einem TSE-Typus, der Ziegen und Schafe befällt. Die Traberkrankheit ähnelt BSE, ist jedoch nicht auf den Menschen übertragbar. Weitere Tests bestätigten, dass die Ziege effektiv mit BSE infiziert war. Zur Unterscheidung der Traberkrankheit von BSE müssen komplexe Testreihen durchgeführt werden, die insgesamt zwei Jahre erfordern. Aus diesem Grunde sind die Ergebnisse erst jetzt verfügbar.

Dies ist das erste Mal, dass BSE bei einer Ziege unter natürlichen Umständen festgestellt wurde, doch Kommissar Kyprianou betonte, dass die Gefahr für die Verbraucher aufgrund der seit mehreren Jahren in der EU angewandten Vorsichtsmaßnahmen äußerst gering sei.

„Ich möchte den Verbrauchern versichern, dass die geltenden Sicherheitsmaßnahmen in der EU ein sehr hohes Schutzniveau bieten. Dieser Fall wurde dank des in Frankreich eingerichteten EU-Testsystems entdeckt“, sagte er.

Kyprianou unterstrich ferner, dass das Testprogramm gezeigt hat, dass die Inzidenz von TSE bei Ziegen sehr gering ist, und dass bisher nur ein Fall von BSE nachgewiesen wurde. Das EU-weite Testprogramm dient dazu, mit TSE infizierte oder TSE-verdächtige Tiere zu ermitteln, so dass diese aus der Lebensmittelherstellungskette genommen werden können. Bestätigt sich ein TSE-Fall, wird die

gesamte Herde geschlachtet. Seit April 2002 wurden über 140 000 Ziegen getestet, darunter stichprobenartig gesunde Tiere, kranke Tiere und solche, die im Haltungsbetrieb verenden.

Man ist sich allgemein darüber einig, dass die Rinderseuche BSE durch die Verfütterung von Fleisch- und Knochenmehl an diese Tiere ausgelöst wurde. Daher hat die EU zunächst die Verfütterung tierischer Proteine in Form von Fleisch- und Knochenmehl an Wiederkäuer (einschließlich Ziegen) und später an alle Nutztiere verboten. Das generelle Verbot ist seit 2001 in Kraft. Außerdem muss spezifiziertes Risikomaterial (z. B. Gehirn, Wirbelsäule und Teile des Darms) sicherheitshalber aus der Lebensmittel- und Futtermittelkette entfernt werden.



© Eureka Slide

Nach Bestätigung der Infektion einer Ziege mit BSE schlug die Europäische Kommission vor, mindestens sechs Monate lang verstärkt BSE-Tests an Ziegen durchzuführen, um zu klären, ob es sich um einen Einzelfall handelt. Die Tests werden sich vor allem auf Mitgliedstaaten konzentrieren, in denen BSE bei Rindern vorkommt. Am 2. Februar beauftragten die im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit vertretenen Mitgliedstaaten den Vorschlag der Kommission, die Tests auszuweiten.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/food/dyna/press_rel/press_rel_ff_en.cfm

Neue EU-Leitlinien zur besseren Handhabung des Lebensmittelrechts

Die Europäische Kommission hat Leitlinien veröffentlicht, um die Unternehmen und nationalen Behörden bei der Anwendung der neuen EU-Lebensmittelvorschriften, die am 1. Januar 2005 in Kraft getreten sind, zu unterstützen

Die Kommission und die Mitgliedstaaten haben diese Leitlinien im Hinblick auf eine harmonisierte Anwendung der neuen Lebensmittelvorschriften in allen Mitgliedstaaten vereinbart.

Zu den neuen Bestimmungen des EU-Lebensmittelrechts zählen eine verbesserte Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel, die Rücknahme gefährlicher Lebensmittel vom Markt, spezifische Verantwortlichkeiten der Unternehmer sowie neue Regeln für die Ein- und Ausfuhr.

Ihre wirksame Anwendung wird sich positiv auf die Gesundheit der Bevölkerung auswirken und den Handel zwischen den EU-Mitgliedstaaten erleichtern.

Die Leitlinien gehen auf viele der praktischen Fragen ein, die in den letzten Monaten von Lebensmittel- und Futtermittelunternehmern gestellt wurden, und werden sowohl den Unternehmen als auch den nationalen Behörden bei der Anwendung der neuen Bestimmungen helfen.

Sie legen ausführliche Durchführungsbestimmungen für alle Unternehmer der Lebensmittelherstellungskette fest – angefangen bei der landwirtschaftlichen Erzeugung, über die Verarbeitung, den Transport, die Lagerung, den Vertrieb und den Einzelhandel bis hin zum Verbraucher.

Außerdem werden Fälle erläutert, in denen die Unternehmer die zuständigen Behörden über die Marktrücknahme bzw. den Rückruf eines gefährlichen Erzeugnisses informieren müssen.

Es wird hervorgehoben, dass alle Lebensmittel- und Futtermittelunternehmer für die Sicherheit der Lebensmittel, die sie erzeugen und in Verkehr bringen, verantwortlich sind.

Und schließlich gehen sie auch auf die Befürchtungen von Drittländern ein, die mit der EU Handel treiben. Es wird klargestellt, dass der Importeur für die in die EU eingeführten Erzeugnisse verantwortlich ist.

Weitere Informationen:

http://europa.eu.int/comm/food/food/foodlaw/guidance/index_en.htm

Kommissionspräsident erläutert politische Prioritäten der kommenden Jahre

Jose Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, legt einen Fünfjahres-Plan für Europa vor, in dem die Verbesserung der Verbrauchergesundheit und -sicherheit eine große Rolle für die nachhaltige Entwicklung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum spielt

Das Arbeitsprogramm der Kommission, das am 26. Januar verabschiedet wurde, misst der Förderung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in der Europäischen Union einen hohen Stellenwert bei.

Präsident Barroso gab einen Überblick über die wichtigsten Punkte: Schaffung eines unternehmerfreundlicheren Umfelds, Ankurbelung von Forschung und Innovation sowie Modernisierung der Arbeitsmärkte und Sozialschutzsysteme in Europa.

Zur Politik im Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz erklärte der Kommissionspräsident: „Das Regelwerk im Bereich der Lebensmittelsicherheit ist zwar bereits fast vollständig, seine Durchsetzung

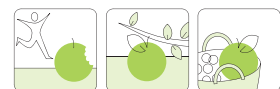
muss jedoch noch durch entsprechende Schulungen und wirksamere Kontrollen verbessert werden, und es muss in Anbetracht der wissenschaftlichen Entwicklung und der Bedürfnisse der Verbraucher aktualisiert werden. Die Verbraucher müssen zum einen ausreichend geschützt werden (z. B. auf dem Gebiet der Lebensmittelzusatzstoffe), zum anderen gilt es, sie angemessen zu informieren, beispielsweise über den Tierschutz bei der Nahrungsmittelerzeugung. Darüber hinaus müssen die Vorschriften für Tiergesundheit und Tierschutz im Lichte neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes aktualisiert werden.“

Die Kommission will im Jahr 2005 neue Maßnahmen im Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz vorschlagen. Dazu gehören:

- ein neues gesundheits- und verbraucherpolitisches Programm für 2007-2013: das Programm wird auf den beiden jetzigen Programmen (eines für den Bereich öffentliche Gesundheit und eines für den Bereich Verbrauch-

erschutz) unter Beibehaltung ihrer wesentlichen Elemente aufbauen und Synergien durch die Nutzung gemeinsamer Ziele und Instrumente schaffen;

- Maßnahmen zur Bekämpfung der Geflügelpest;
- Mindeststandards für den Schutz von Hühnern, die in landwirtschaftlichen Betrieben der EU zu Mastzwecken gehalten werden;
- Vorschriften für die Vermarktung von Tieren aus Aquakulturen;
- neue Vorschriften über die Kontrolle von Agro-Chemikalien, z. B. Pestizide.



Die in Health & Consumer Voice vertretenen Meinungen geben nicht notwendigerweise die Standpunkte der Europäischen Kommission wieder.

Die Wiedergabe von Beiträgen ist – ausgenommen zu gewerblichen Zwecken – unter Angabe der Quelle gestattet.

E-Mail: sanco-newsletter@cec.eu.int

Koordination: Marie-Paule Benassi

Redaktion: Iwona Pajak, Ben Duncan, Terese Van oel in Zusammenarbeit mit der GD Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission.

Layout: Deborah MacRate-Ockerman

Website:

http://europa.eu.int/comm/dgs/health_consumer/index_de.htm

